



Foto: Pasquale D'Angiolillo

Die Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit spielen bei der Umsetzung einer guten Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Rolle.

KURSBESTIMMUNG | Was ist auf dem Arbeitsmarkt und in der Arbeitsmarktpolitik im Saarland zu tun?

## Erfolgreich ausrichten, sozial und sicher gestalten

Wie ist es um den saarländischen Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik bestellt? Dieser Frage sind die Experten der Arbeitskammer in ihrem Bericht an die Landesregierung nachgegangen. Für alle Teilnehmer des Zukunftsforums stellen wir die Kernpunkte noch einmal in komprimierter Form dar.

Aktuell dominieren positive Nachrichten den Arbeitsmarkt, auch im Saarland. Dabei werden allerdings die mäßigen Erfolge beim Rückgang der Arbeitslosigkeit beziehungsweise der Unterbeschäftigung verdeckt. Vom Ziel der Vollbeschäftigung – und diese ist einer der Eckpfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialsystems – sind wir nach wie vor ein gutes Stück entfernt. Festzustellen ist eine zunehmende Polarisierung am Arbeitsmarkt und eine soziale Spaltung der Gesellschaft. Auf der einen Seite gibt es eine hohe und verfestigte Arbeitslosigkeit – häufig Langzeitarbeitslosigkeit – mit geringen Integrationschancen und auf der anderen Seite werden qualifizierte

Fachkräfte gesucht. Hier hat es politische und betriebliche Versäumnisse gegeben.

Die im Rahmen der Agenda 2010 vor rund fünfzehn Jahren eingeführten Arbeitsmarktreformen – besser bekannt unter Hartz-Reformen – haben kaum zur Problemlösung beigetragen, vielmehr haben sie die Probleme im Bereich prekärer und der Niedriglohnbeschäftigung verschärft. Hier wurde mit der späteren Einführung des Mindestlohns zumindest ein Gegengewicht gesetzt. Aber auch zum Abbau des Ungleichgewichts am Arbeitsmarkt (der sogenannte „Mismatch“) haben sie kaum beigetragen, weil die Qualifizierung sträflich vernachlässigt wurde und der Vermittlungsvorhang häufig nicht nachhaltig war. Im Ergebnis existiert heute eine Zweiklassengesellschaft der Arbeitslosigkeit: die Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung (SGB III) einerseits, die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), in der alle Problemlagen zusammentreffen, andererseits. „Gute Arbeit“ wird heute politisch häufig proklamiert,

### EDITORIAL |

## Herausforderungen annehmen!

Im Bericht an die Landesregierung haben wir in diesem Jahr ein wichtiges und gewichtiges Schwerpunktthema gewählt. Nach unserer Einschätzung ist es höchste Zeit, den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik erfolgreich neu auszurichten und (wieder) sozial und sicher zu gestalten. Heute gibt es eine Zweiklassengesellschaft am Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenversicherung sichert nur noch knapp ein Drittel der Arbeitslosen im Saarland ab, im Hartz-IV-System (Grundsicherung) finden sich neben der Arbeitslosigkeit auch alle anderen Problemlagen wieder. Diese gravierende Fehlentwicklung gilt es, durch einen grundlegenden Kurswechsel endlich zu korrigieren. Beim Zukunftsforum, das das Motto „Herausforderungen annehmen!“ trägt, wollen wir mit Wissenschaftlern, Praktikern, Gewerkschaftern und Politikern darüber diskutieren, was zu tun ist, um eine Wende zum Besseren einzuleiten. Die im Jahresbericht fixierten AK-Kernforderungen haben wir in diesem Faltblatt noch einmal zusammengefasst, um ausreichend „Stoff“ für einen konstruktiven Meinungsaustausch zu liefern. Ich freue mich auf einen offenen Dialog.

Thomas Otto, Hauptgeschäftsführer  
der Arbeitskammer des Saarlandes

### INHALT |

#### Acht konkrete Forderungen

Acht dezidierte Vorschläge machen die AK-Fachleute, wie eine sozial gerechte, sichere und erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik aussehen kann.

Seiten 2-4

#### Was das Forum bringt

Wie soll eine solidarische und soziale Arbeitsmarktpolitik genau aussehen? Darüber diskutieren beim AK-Zukunftsforum prominente Gäste.

Seite 4

kommt in der Realität aber nur bedingt an. Dabei zeigen die AK-Analysen, dass sich das Saarland bei den Arbeitsmarktindikatoren im Bundesvergleich in einer ungünstigen Entwicklung befindet. Dies betrifft zum Beispiel

- die Bevölkerungsentwicklung,
- das Wirtschaftswachstum,
- die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsvolumen,
- die Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote,
- die prekäre Beschäftigung,
- die Quote der Bezieher von Grundsicherung sowie
- die Armutsgefährdungsquote.

So ist das Saarland trotz des zuletzt leichten Bevölkerungszuwachses von permanenten Wanderungsverlusten gegenüber dem übrigen Bundesgebiet und einem starken Bevölkerungsrückgang geprägt. Bis 2030 wird die Bevölkerung weiter stark zurückgehen (um 6,2 Prozent). Die steigende Erwerbsbeteiligung, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, hat zu einer Verringerung des Abstands zum Bundesgebiet beigetragen. Das Saarland nimmt aber nach wie vor die hinteren Rangplätze ein. Dies gilt trotz Fortschritten auch beim Bildungsstand.

**Gute Arbeit wird heute politisch häufig proklamiert, kommt in der Realität aber nur bedingt an.**



Am Arbeitsmarkt dominieren strukturelle Kernprobleme wie hohe Unterbeschäftigung, die durch den Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre nur wenig Entlastung erfahren haben.

- Das Saarland hat einen hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosen mit Qualifikationsdefiziten.
- Bei Älteren sind trotz erheblicher Fortschritte weiterhin schwierige Altersübergänge zu verzeichnen.
- Der digitale Wandel, von dem das Saarland aufgrund seiner Produktionsstruktur stärker betroffen sein wird als andere Länder, dürfte die strukturellen Probleme eher verschärfen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (plus 8,4 Prozent im Saarland, plus 15,7 Prozent im Bund/West) hat – wie auch die Erwerbstätigkeit insgesamt – von 2010 bis 2017 deutlich zugenommen, allerdings nur halb so stark wie im Bundesgebiet. Das Arbeitsvolumen ist sogar gesunken. Der Anstieg ist ausschließlich auf den starken Anstieg der Teilzeitbeschäftigung bei Frauen zurückzuführen.

AK-POSITIONEN | Es gilt, an vielen „Stellschrauben“ zu drehen

# Maßnahmenbündel kann das System verbessern

Wie muss sich vor dem Hintergrund der Arbeitskammer-Analysen die Arbeitsmarktpolitik – flankiert von der Bildungs- und Wirtschaftspolitik – zukünftig aufstellen? Die AK-Fachleute haben acht konkrete Verbesserungsvorschläge, um das System zu verbessern.

## 1 Qualifizierung ins Zentrum rücken

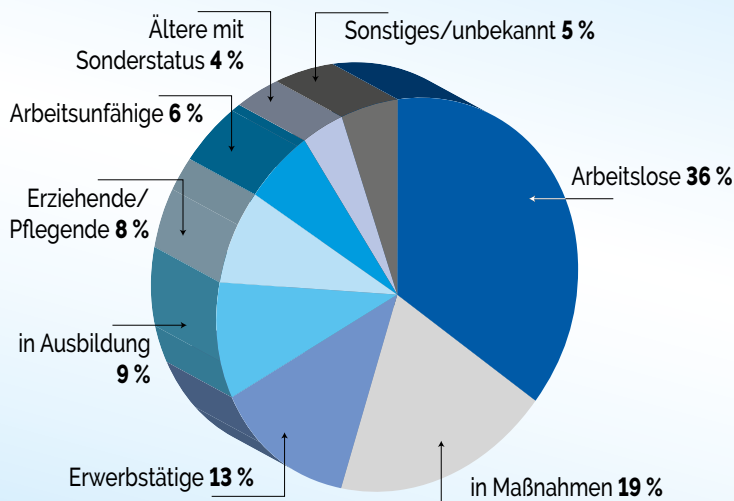
Die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen war einmal das Herzstück der Arbeitsmarktpolitik. Im Zeitablauf wurden aber die Teilnahmebedingungen immer weiter eingeeengt. Der Anspruch, den Strukturwandel zu unterstützen, wurde aufgegeben. Der Tiefpunkt wurde mit der Einführung der Hartz-Gesetze erreicht – Vermittlung hatte Vorrang. Während im Jahr 2000 noch 4.100 Personen an arbeitsmarktpolitischer Weiterbildung teilnahmen, waren es 2017 nur noch knapp 2.000. Noch dramati-

scher ist die Situation im Hinblick auf die abschlussbezogene Weiterbildung. Hier lag der Teilnehmerbestand 2017 bei gerade einmal 800 gegenüber 2.600 zur Jahrtausendwende. Im Grundsicherungssystem (SGB II beziehungsweise Hartz IV) spielt die (abschlussbezogene) Weiterbildung praktisch keine Rolle, obwohl sich 85 Prozent der Arbeitslosen ohne Berufsabschluss in Hartz IV befinden. Die Weiterbildungsquote (Teilnehmer bezogen auf Arbeitslose) lag 2016 im Grundsicherungssystem (SGB II) bei gerade einmal 2,4 Prozent, in der Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung/SGB III) bei wenigstens 13 Prozent.

Die Arbeitskammer fordert daher ein grundlegendes Umsteuern in der Weiterbildungsförderung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen. So brauchen Arbeitslose, aber auch Beschäftigte, ein Recht auf eine unabhängige Weiterbildungsberatung. Der abschlussbezogenen beruflichen Qualifikation muss wieder ein höherer Stellenwert zukommen. Gerade Arbeitslose

## Hartz IV ist ein Auffangbecken für viele Lebenslagen

Von den erwerbstätigen Hartz-IV-Beziehern im Saarland sind ...

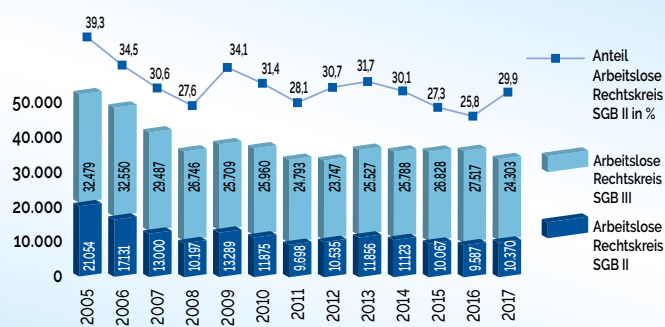


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Strukturen der Grundsicherung; eigene Darstellung, Stand 12/2017

Grafik: Arbeitskammer

Die sogenannte „Grundsicherung“ darf nicht länger ein Reparaturbetrieb und Lückenfüller für Menschen in sozialen Problemlagen aller Art sein. Die Sicherungslücken in anderen Sozialsystemen müssen geschlossen, prekäre Beschäftigung ist zurückzudrängen

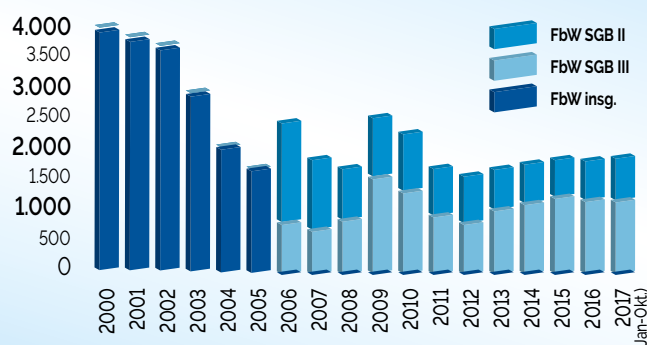
## Anteil der Arbeitslosen im SGB III an allen Arbeitslosen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf.

Grafik: Arbeitskammer

## Teilnehmer an Fördermaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung (FbW)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, Sonderauswertung

Grafik: Arbeitskammer

Sieben von zehn saarländischen Arbeitslosen befinden sich derzeit im Hartz-IV-System und haben somit keinen Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (linkes Schaubild). Durch die Hartz-IV-Reformen und den damit verbundenen „Work-First-Ansatz“ stürzten die Teilnehmerzahlen bei FbW-Maßnahmen im SGB-II-Rechtskreis ab. Die Chancen auf berufliche Fortbildung sind im SGB-III-Bereich deutlich größer (rechtes Schaubild).

ohne abgeschlossene Berufsausbildung benötigen einen Anspruch auf Nachqualifizierung. Die sogenannten Transfermaßnahmen (§§ 110 – 111a im SGB III) sollten im Hinblick auf die Weiterbildung gestärkt werden. Notwendig ist auch eine bessere Einkommenssicherung bei der Teilnahme an Weiterbildung.

## 2 Besserer Schutz in Arbeitslosenversicherung

Die Analysen haben gezeigt, dass sich die Arbeitsmarktpolitik in der Sackgasse befindet. Die Arbeitsmarktreformen haben nicht – wie beabsichtigt – zu einer Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss geführt, sondern zu zwei getrennten Systemen: dem Versicherungssystem (Arbeitslosenversicherung/Arbeitsförderung) und dem Fürsorgesystem (Grundsicherung Hartz IV). Die Arbeitslosenversicherung sichert heute im Saarland nur noch rund 30 Prozent der Arbeitslosen ab.

Deshalb muss die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung, insbesondere für langjährig Versicherte, wieder hergestellt werden. Es darf keine Rutschbahn in Hartz IV geben. Hierzu müssen eine ganze Reihe von Stellschrauben – Rahmenfrist, Anwartschaftszeiten, Bezugsdauer – neu justiert werden. Gerade auch bei Älteren, die bei eingetretener Arbeitslosigkeit nur noch geringe Wiederbeschäftigungschancen haben, muss die Beschäftigungsfähigkeit gestärkt werden. Auch die verloren gegangene präventive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik muss wieder Ziel werden. Dies betrifft insbesondere den Schutz vor Dequalifikation.

## 3 Grundsicherungssystem komplett neu ausrichten

Auch das Grundsicherungssystem (Hartz IV), in dem sich 2017 rund 70 Prozent aller Arbeitslosen im Saarland befanden, muss neu ausgerichtet werden. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass die Aktivierungspolitik – der Eckpfeiler des Systems – nicht recht zum Tragen gekommen ist: Das „Fordern“ hat eindeutig Vorrang vor dem „Fördern“. An Stelle der Individualisierung des Aktivierungsansatzes müssen die Fähigkeit der Arbeitssuchenden und die Fördermaßnahmen zum Leitbild werden. Aktive Arbeitsmarktförderung und Prävention, insbesondere Qualifizierung, müssen ausgebaut werden. Die Zumutbarkeitsregeln in der Arbeitsvermittlung müssen sich an Qualitätsstandards (Sozialversicherungspflicht, tarifliche Entlohnung) orientieren, um prekäre Beschäftigung und Drehtüreffekte zu vermeiden. Das existenzgefährdende Sanktionsregime, gerade auch die Sanktionsregeln für Jugendliche unter 25 Jahren, muss überwunden werden.

## 4 Betriebliche Weiterbildung grundlegend reformieren

Auch in der betrieblichen beruflichen Weiterbildung bestehen weiterhin große Defizite. Im Zeitablauf hat die Weiterbildungsteilnahme zwar zugenommen, das Saarland blieb aber dahinter zurück. Die berufliche Weiterbildung ist, wie bei Arbeitslosen, durch eine hohe Selektivität nach dem beruflichen Status und durch qualitative Mängel geprägt. Auf Landesebene wurde ein Arbeitspro-

gramm „Berufliche Weiterbildung von Beschäftigten“ im Rahmen des „Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar“ unter Beteiligung von Kammern und Sozialpartnern entwickelt, um entsprechend aufzuholen.

Zunächst aber sind die Betriebe und Verwaltungen selbst gefordert, Weiterbildung zum integralen Bestandteil ihrer betrieblichen Personalpolitik zu machen. Dies setzt eine Weiterbildungskultur und ein ausreichendes Weiterbildungsbudget voraus. Dabei müssen gerade auch Ältere und stärker von Arbeitslosigkeit und durch strukturellen Wandel gefährdete Personengruppen einbezogen werden. Betriebs- und Personalräte sind entsprechend einzubinden.

## 5 Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle sichern

Der Saar-Arbeitsmarkt ist in besonderer Weise von Teilhabeproblemen geprägt. Dies hängt ganz wesentlich mit dem zu knapp bemessenen Förderrahmen zusammen. Gerade die sogenannten Problemgruppen bleiben außen vor: Dies gilt für Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Alleinerziehende, Ältere, Personen mit Migrationshintergrund sowie Schwerbehinderte und Menschen mit

In Betrieben und Verwaltungen muss die Weiterbildung integraler Bestandteil der Personalpolitik werden.



## IMPRESSUM |

**Verleger:** Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken

**Kontakt:** Telefon: 0681 4005-430, E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de

**Herausgeber:** Jörg Caspar, Thomas Otto  
**Redaktion:** Peter Jacob (Chefredakteur), Dörte Grabbert, Stefan Hank, Wulf Wein

FLÄCHE FÜR  
ADRESSAUFKLEBER

gesundheitlichen Einschränkungen. Hier bedarf es höherer Ressourcen in den Jobcentern – personell wie finanziell. Im Sinne des Förderns muss die Betreuung intensiviert und ganzheitlich auf die Lebenslagen bezogen erfolgen. Das Bundesprogramm „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ für Langzeitarbeitslose ist ein wichtiger Schritt, reicht zur Lösung des Problems jedoch nicht aus. Für Geringqualifizierte und Alleinerziehende muss die Aus- und Weiterbildung in den Vordergrund gerückt werden.

## 6 Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit verbessern

Rund die Hälfte der Erwerbslosen im Saarland befindet sich in einer sozialen Lage der Armutgefährdung (2016). Auch bei Alleinerziehenden liegt die Armutgefährdungsquote bei über 40 Prozent. Zu geringes Einkommen schafft nicht nur soziale Probleme, sondern behindert auch die berufliche Integration, die für die Betroffenen in der Regel mit Zusatzkosten verbunden ist. Hartz IV oder Grundsicherung ist heute ein Auffangbecken für viele Lebenslagen. Arbeitslose machen bei den erwerbsfähigen Leistungsbeziehern (ELB) – die 2017 mit 64.000 Personen auf dem Niveau von 2006 lagen – etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) aus.

Nach Berechnungen von DGB und Wohlfahrtsverbänden liegen die Regelsätze um 20 Prozent unter dem eigentlichen Existenzminimum. Eine bedarfsgerechte Erhöhung ist deshalb erforderlich. Auch die Vermögensfreibeträge müssen im Hinblick auf die Absenkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung erhöht werden. Eine wichtige Stütze wäre zudem die Stärkung vorgelagerter Sozialleistungen, um Grundsicherungsbezug zu vermeiden. Im Saarland muss das ausstehende Aktionsprogramm zur Armutbekämpfung schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden.

## 7 Landesarbeitsmarktpolitik soll flankierend wirken

Die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik (aktive Maßnahmen) erfolgt zu etwa 90 Prozent durch die Bundesebene über die Agentur für Arbeit oder die Jobcenter. Die landespolitischen Steuerungsmöglichkeiten sind daher begrenzt, gleichwohl wichtig. Die Arbeitsmarktpolitik des Landes ist in die Gute-Arbeit-Strategie eingebunden. Sie ist eng mit den struktur- und sozialpolitischen Herausforderungen verknüpft.

Die Arbeitskammer begrüßt es, dass in der neuen Legislaturperiode die bestehenden Programme fortgesetzt und neue

Maßnahmen entwickelt werden. Wichtige Ansatzpunkte sind dabei das Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ASaar, die berufliche Qualifizierung im Rahmen der Maßnahmen des „Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar (ZFS)“, die Netzwerkstelle „Frauen im Beruf (FiB)“ und die „Beratungsstelle Wanderarbeit“. In Vorbereitung ist das Programm „Frauen in Arbeit“ und das „Aktionsprogramm für Geringqualifizierte und Ältere“ im Rahmen des ZFS. Zudem will das Saarland Modellregion für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor durch den sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer werden. Ziel der Maßnahmen ist es, einerseits die Wachstumskräfte und den Strukturwandel zu unterstützen, andererseits die Teilhabe und soziale Lage zu verbessern.

## 8 Duales Ausbildungssystem muss attraktiver werden

Im Saarland werden immer weniger Fachkräfte ausgebildet. Sowohl die Zahl der Ausbildungsverträge als auch die der Ausbildungsbetriebe geht zurück. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im dualen System erreichte im letzten Jahr mit 6.750 einen neuen Tiefstand. Nur noch ein Fünftel der Betriebe bildet aus. Im Gegensatz hierzu ist im Schulberufssystem der Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe eine Expansion festzustellen. Dennoch werden in diesen Branchen Fachkräfte gesucht.

Dabei haben die betriebliche (duale) wie die schulische berufliche Ausbildung eine hohe Integrationskraft für Jugendliche und tragen im internationalen Vergleich zur einer moderaten Jugendarbeitslosigkeit bei. Umso wichtiger ist es, dieses System zu stärken, unter anderem durch die Berufsschulen als gleichberechtigten zweiten dualen Lernort, den Ausbau der Ausbildungskapazitäten, die Einstellung auf die Anforderungen der Digitalisierung, eine bessere Unterstützung leistungsschwächerer Jugendlicher. Positiv ist hierbei die Jugendberufsagentur in Neunkirchen mit dem Modellprojekt zur lückenlosen Betreuung hervorzuheben.

## IMPULSREFERATE UND DISKUSSION |

Das diesjährige Zukunftsforum trägt den Titel „Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik im Saarland – Herausforderungen annehmen!“ Wie hat sich der Arbeitsmarkt seit den Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen) entwickelt? Welche Versäumnisse kennzeichnen die Arbeitsmarktpolitik? Wie ist es um die Teilhabe aller am Arbeitsmarkt bestellt? Ist die Arbeitsmarktpolitik für die Digitalisierung gerüstet? Wie sieht die Situation speziell im Saarland aus? Beim Zukunftsforum werden diese Fragen diskutiert und es wird nach möglichen Lösungsansätzen gesucht.

Prof. Dr. Matthias Knuth vom Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen wird über solidarische und soziale Arbeitsmarktpolitik referieren. Die Herausforderungen im Saarland schildert der AK-Vorstandsvorsitzende Jörg Caspar. Danach diskutieren Saar-Wirtschafts-Staatssekretär Jürgen Barke, Monika Steffen-Rettenmaier von der LAG Beschäftigung und Qualifizierung Saarland e.V., Jörg Disteldorf, Leitung Personal und Soziales Dillinger Hüttenwerke und Saarstahl AG, sowie Toni Brem, ver.di-Bezirk Region Saar-Trier, Fachbereich Sozialversicherung.